

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 32 (1991)
Heft: 14

Artikel: Die Zukunft der Neutralität in Europa
Autor: Wegener, Henning
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093313>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Zukunft der Neutralität in Europa

Wie sieht die schweizerische Neutralität von aussen aus? Hier äussert sich der stellvertretende Nato-Generalsekretär. Er ist in der Gemeinschaft zuständig für die Politik.

Mancher mag es als ungewöhnlich empfinden, dass der Vertreter der Sicherheitsallianz NATO aufgerufen wird, sich in einer öffentlichen Diskussion zur Schweizer und zur europäischen Neutralität und ihrer Zukunft zu äussern. Es ist deshalb sicher nicht verkehrt, dass ich zunächst einige Worte zu meiner Aktivlegitimation und zu meinem Standpunkt sage.

Ich werde versuchen, Auffassungen widerzuspiegeln, die man heute im Nordatlantischen Bündnis hören kann. Es gibt jedoch keine formellen Beschlüsse oder Konsensdokumente zu diesem Thema. Ich spreche deshalb im eigenen Namen – und auf eigenes Risiko. Ich möchte mich zur Zukunft der Neutralität aus der sicherheitspolitischen Sicht des Bündnisses äussern. Aber Sicherheit ist heute, wie Sie meinen Darlegungen im weiteren entnehmen werden, nicht eine Frage nur des Militärischen, sondern ebenso auch eine Frage der europäischen Sicherheitsordnung und politischen Architektur im weiteren Sinne. Sicherheit kann heute nicht mehr nur von der Wahrscheinlichkeit oder Unwahrscheinlichkeit des Krieges her begriffen werden. Sicherheit ist eine politisch-militärische Konzeption. Dies hat der Bericht des schweizerischen Bundesrats über die schweizerische Sicherheitspolitik im Wandel deutlich gemacht.

Ich möchte eingangs auch sagen, dass mir nichts ferner liegt, als den Schweizern Empfehlungen für ihre künftigen sicherheitspolitischen Entscheidungen zu geben. Als langjähriger Einwohner der Schweiz habe ich vor der Eigenständigkeit und Ausgewogenheit der schweizerischen Politik und vor der verantwortungsbewussten Art, in der das Schweizervolk in seinem Jubiläumsjahr über Zukunftsoptionen nachdenkt, den höchsten Respekt. Es ist souveräne Angelegenheit

jedes Staates, wie er seine Neutralität definiert oder über sie verfügt. Niemand im Atlantischen Bündnis, dessen bin ich sicher, möchte die Schweizer bevormunden. Es geht vielmehr um gemeinsame europäische Interessen.

Als verantwortlicher Beamter eines Sicherheitsbündnisses bin ich kein Fachmann für Neutralität. Meine Bemerkungen – dessen bin ich mir bewusst – vereinfachen eine komplizierte Materie. Ich hoffe, dass ich dabei der Politik der europäischen Neutralen und ihrer politischen und historischen Rationalität nicht unrecht tue.

Neutralität aus europäischer Sicht verdient auf jeden Fall eine differenzierte Betrachtung. Grundlagen, Anwendung und historisches Fundament variieren stark. Ich gehe bei meinen Darlegungen natürlich nicht vom kriegsvölkerrechtlichen Neutralitätsbegriff aus, sondern von der permanenten Neutralität, die die Freiheit von militärischen Bündnissen im Frieden ebenso einschliesst wie die Option der völkerrechtlichen Neutralität im Kriege.

Wie sich die Neutralität angesichts der Integrationsperspektiven in den einzelnen europäischen neutralen Staaten weiterentwickelt, wird sicher auch von der historischen und emotionalen Verankerung abhängen.

Irlands Neutralität hat keine staatsrechtliche Basis und kaum eine machtpolitische, sondern eher eine moralische, als Gegenposition im lange belasteten britisch-irischen Verhältnis und auch als Reaktion auf die geschützte Lage im Schatten der britischen Militärmacht. Irland ist heute in die Europäische Gemeinschaft eingebunden, gehört nicht dem Kaukasus der Neutralen und Nichtgebundenen an und hat erkennen lassen, dass es auf dem Weg der Europäischen Gemeinschaft zur vollen Integration und politischen Union seine Neutralitätsvorstellungen hinter der Integrationsdynamik zurücktreten lassen wird. Die Neutralität Irlands ist damit nicht eigentlich problematisch; sie bleibt eine moralische Grundkategorie, mehr als eine geschichtliche Option.

Für Finnland muss die Neutralität unter dem Gesichtspunkt der überwältigenden Nähe der Sowjetunion gesehen werden. Die Einstellung der Finnen zur Neutralität ist

pragmatisch. Zwar wird die Sowjetunion immer ein überwältigender Nachbar sein, dessen Grossmachtinteressen in der Politik einkalkuliert werden müssen, aber der Weg zu einer das Neutralitätssyndrom überkommenden, europäischen Politik scheint in Finnland offen. Wie Finnland hat auch Schweden die Neutralität als Grundlage der strategischen Balance im Norden Europas aufgefasst, als Teil einer nicht-provokatorischen Politik in einer Region, die bewusst – auch im Verein mit den zwei nordischen NATO-Mitgliedsländern – einen Zustand der «low tension» aufrechterhielt. Dennoch ist die Neutralität in Schweden tiefer verankert. Sie ist verknüpft mit Stabilitäts- und Wohlstandsgewinn in einer 170jährigen Geschichte, in der die Neutralität dem Lande genützt und ihm bedeutende Handlungsspielräume eröffnet hat. Bei aller Pragmatik und allem Drängen auf EG-Beitritt wird die Neutralitätsfrage den Schweden deshalb erhebliche Opfer abverlangen.

Österreich hat derartige historische Traditionen nicht. Die «immerwährende» Neutralität ist ein Produkt der Kräftebalance der Nachkriegsjahre und hat den österreichischen Staatsvertrag 1955 ermöglicht. Österreich hat seine Verpflichtungen ernst genommen: seine aktive Neutralitätspolitik hat sich zum Beispiel in schwierigen Lagen 1956 und 1968 an der Flüchtlingsproblematik bewährt und dabei Kritik nicht gescheut. Österreichische Gesprächspartner machen jedoch immer wieder klar, dass die Neutralität selbst nicht ein Vertragsbestandteil war, so dass Österreich über die Interpretation seines Status frei verfügen kann und, in einem neuen politischen Umfeld, auch verfügen wird. Dennoch ist aber, ungeachtet des Wechsels der Umstände, die Neutralität – wie jüngste Umfragen zeigen – zu einer im Volksbewusstsein fest verankerten politischen Grundlinie geworden, die als interessengerecht und praktisch akzeptiert wird.

Die Schweizer Neutralität ist durch ihre historische Fundierung einmalig, mit den Schlüsseldaten 1515, 1648 und 1815. Ich brauche sie hier nicht zu charakterisieren. Sie ist tief im Volksbewusstsein verankert, gehört stärker als in den anderen beschriebenen Fällen zum nationalen Bestand, ja, zum Begriff Schweiz. Und dennoch lässt sich – jedenfalls auf politischer Ebene – Pragmatik und Wandlungsfähigkeit erkennen, wenn im

Leicht veränderte Fassung eines persönlichen Beitrags des Verfassers zu einem Podiumsgespräch an der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich zum Thema «Hätte Neutralität in einem integrierten Europa noch einen Sinn?» vom 11. Juni 1991.

Bericht des Bundesrates steht: «Die Neutralität . . . ist nicht ein Ziel der schweizerischen Aussenpolitik, sondern eines unter mehreren Mitteln zur Verwirklichung der aussenpolitischen Ziele. Daher muss die Neutralitätspolitik – wie alles politische Handeln – ständig auf ihre Zweckmässigkeit hin überprüft und neuen internationalen Gegebenheiten angepasst werden.»

In allen kurz skizzierten Entwicklungen hat Neutralität also ganz bestimmte historische und geostrategische Gründe gehabt. Ungeachtet dieser Verschiedenheiten haben die neutralen Länder in den Jahren des Kalten Krieges, zwischen den Konfrontationen der beiden Militärsysteme, hervorragend – und oft gemeinsam – agieren können. In dieser Periode hat sich die klassische Stabilisierungsfunktion, die die Neutralen für sich erkannt haben, besonders günstig artikulieren können. Als Zufluchtsorte, als diplomatische Schutzmächte, als Architekten von Brücken über die ideologischen Klüfte, haben die Neutralen in schwierigen Zeiten besonders wertvolle Beiträge geleistet. Im KSZE-Prozess wäre es ohne die besonnene Mittlerrolle der Neutralen zu den Dokumenten in und seit Helsinki nicht gekommen. Das peace-keeping der Vereinten Nationen – über 50 Aktionen, die dem Weltfrieden dienen – beruht zum grossen Teil auf der konstruktiven Mitwirkung derjenigen Neutralen, deren Neutralitätsauffassung eine solche Mitwirkung möglich machte.

Aber in dieser Blütezeit der europäischen Neutralität hat das Konzept auch seine Nachteile geoffenbart. Immer wieder haben die Neutralen auch zwischen den beiden Versuchungen des «Ohne-mich» und der übertriebenen Nutzung neutraler Handlungsspielräume geschwankt. Neutralität als bequemer Vorwand, um schwierigen Entscheidungen auszuweichen und unbequeme Parteinahme entbehrlich zu machen, berührt den Kern des moralischen Wertes der Neutralität: so verstanden, führt sie im letzten Sinne zur Amoralität. Wo es um grundlegende europäische Sicherheitsfragen ging und geht, hat mancher Neutrale (nicht die Schweiz!) die Verpflichtung zu bewaffneter Neutralität gern beiseite geschoben, um bei sinkendem Aufwand für die eigene Verteidigung eine Art konturloses Kostgängertum auf dem Rücken der Bürger verteidigungs-



Botschafter Dr. Henning Wegener, Jahrgang 1936, Studienabschlüsse in Deutschland und den USA, ist seit 1986 Beigeordneter Generalsekretär für politische Angelegenheiten bei der Organisation des Nordatlantikpakts in Brüssel. Seine zahlreichen Veröffentlichungen betreffen insbesondere sicherheitspolitische Fragen.

williger und wehrhafter Staaten zu praktizieren. Nicht weniger unleidlich ist jedoch die andere Komponente: das moralische «better than thou». Neutrale Staaten – ich will keine Beispiele nennen – haben sich gern der Handlungsspielräume der Neutralität bedient, um in zweifelhafter Parteinahme – mal hier, mal dort kritisierend, mit bevorzugter Zielrichtung auf die USA und die NATO-Staaten – ihre eigene moralische Unbeflecktheit dem gläubigen europäischen Publikum vor Augen zu führen. Dennoch ist die Bilanz der Neutralität im Europa der Nachkriegszeit unbedingt positiv.

Die gegenwärtige Umwälzung der Grundlagen des Staatensystems, die weitreichenden Veränderungen des europäischen sicherheitspolitischen Umfelds, beenden diese hohe Zeit der Neutralität. Ich zitiere die hauptsächlichsten Entwicklungen:

- Das sowjetische Machtsystem ist im wesentlichen zusammengebrochen, der kalte Krieg beendet. Die sowjetische Führung hat die Langfristeninteressen des Landes neu definiert und ist von einer Politik der Konfrontation zu langfristiger Kooperation übergegangen.
- Auch weltweit setzen sich neue Machtparadigmen durch. Militärische Macht als Hauptmittel des Staatenwettbewerbs geht zurück. Demokratische Staatenverfassungen setzen sich durch, und die Staaten suchen weltweit nach Kooperation.
- Damit reagieren sie auf die zunehmende wirtschaftliche und technologische Interdependenz der Staaten, in der Selbstisolierung und Verweigerung der Kooperation zunehmend «bestraft» werden.

- Die Staaten sehen sich zunehmend auch sicherheitspolitischen Herausforderungen gegenüber, die sie auf nationaler Basis nicht mehr bewältigen können, so dass sich die Staatengemeinschaft zunehmend integriert, was sich im Heraufkommen neuer Staatenverbindungen widerspiegelt.
- Auch Probleme nationaler Verteidigung lassen sich nicht mehr im Alleingang lösen. Waffenproduktion, wie gerade neutrale Länder wie Schweden feststellen, bedarf zunehmend der internationalen Zusammenarbeit, um «economies of scale» und technologische Optimierung zu erreichen. Bewaffnete Neutralität im nationalen Alleingang wird problematisch.

Mit diesen Tendenzen verändert sich der Sicherheitsbegriff im Sinne einer bedeutsamen konzeptionellen Erweiterung. Im Zeitalter ost-westlicher militärischer Konfrontation war der Sicherheitsbegriff, zunehmend verarmt, auf die Konfliktperspektive Ost-West ausgerichtet. Heute wird Sicherheit – gerade auch im Atlantischen Bündnis – als neues, reicheres Mischkonzept aus militärischen, politischen und wirtschaftlichen Komponenten gesehen, bei dem es nicht mehr vorwiegend um die Anhäufung von Waffen, sondern um Staatenverhalten in einem entfeindeten Europa geht. Sicherheit wird nicht mehr nur antagonistisch gesehen, sondern in seiner kooperativen Dimension.

Wobei Dialog, friedliche Streitregelung und Vertrauensbildung praktiziert und die gegenseitige Angleichung der Sicherheitsdispositionen durch militärische Kontakte, Umgestaltung der Militärdoktrinen und Rüstungskontrolle angestrebt werden.

Die Sicherheitsrisiken werden weniger in der bewussten Auslösung von grossen Staatenkriegen gesehen, deren Zeit tendentiell als abgeschlossen betrachtet wird, sondern in den Schwierigkeiten der Krisenhandhabung. Die Sicherheitspolitik des Nordatlantischen Bündnisses konzentriert sich nicht mehr auf unmittelbare Bedrohungsabwehr, sondern auf Vorsorge für die nichtspezifizierbaren Zukunftsrisiken, die aus Krisen, politischen und wirtschaftlichen Instabilitäten und den neuen sozio-ökonomischen Konfliktpotentialen herrühren, die mit raschen Transformationsprozessen – wie in Osteuropa –, grossen Einkommensdifferenzialen, ethnischen Spannungen etc. zusammenhängen.

Das Schlüsselwort dieses neuen Sicherheitsbegriffs ist Stabilität. Auf der Basis unverändert glaubhafter militärischer Verteidigungsmittel, versteht sich das Atlantische Bündnis heute als Stabilitätsfaktor und politischer Handlungsträger, dem eine wesentliche Ordnungsfunktion in Europa zukommt. Ziel ist die Schaffung einer stabilen Sicherheitsordnung, die in einem Netzwerk sich gegenseitig ergänzender Institutionen ihren Ausdruck findet. Eine neue europäische Sicherheitsordnung, zu der insbesondere eine KSZE neuen Stils mit sicherheitspolitischen Aufgabenstellungen gehört. Aber auch die Europäische Gemeinschaft und das Atlantische Bündnis selbst sollen den Kontinent stabilisieren und Bestrebungen zur Desintegration und Renationalisierung, insbesondere im östlichen Teil des Kontinents, auffangen.

Interdependenzzwänge, wirtschaftliche Integrationserscheinungen und sicherheitspolitische Architekturen entsprechen sich. Damit ergeben sich für alle Staaten Europas, auch die neutralen, neue Aufgaben. Der Bericht des Bundesrats hat das erkannt, wenn er in bemerkenswerter Klarheit schreibt: «Die klassische Stabilisierungs- und Vermittlungsfunktion, die der Neutrale zwischen den Machtblöcken einnahm, tritt in den Hintergrund. Heute ist ihr Auftrag, aktiv und initiativ am Aufbau einer neuen europäischen Sicherheitsordnung mitzuwirken und bereit zu sein, neue sicherheitspolitische Funktionen zu übernehmen.» Mit dem Ende der Konfrontation haben so die Neutralen ihre besondere Handlungsmarge verloren und müssen statt dessen partnerschaftlich,

gemeinsam mit allen anderen Staaten in gleicher Rolle, an einer neuen Sicherheitsordnung konstruktiv mitwirken. Damit erwachsen auch den Neutralen neue Verantwortungen, denen sie durch ein «opting-out», durch eine Politik des Ohne-mich, nicht mehr gerecht werden können. Die Neutralen stehen vor einer Wahl. Nach dem Wegfall des grundsätzlichen Rationals der Neutralität müssen sie sich letzten Endes entscheiden, ob sie das langfristige Gut einer Vollteilhabe an einem sicherheitspolitisch gemeinsam verfassten Europa erwerben oder an einem sie isolierenden Neutralitätsbegriff historischer Prägung festhalten wollen. Die Zwänge zur Errichtung einer europäischen Sicherheitsordnung sind der Prüfstein für neutrale Staaten und ihre Bereitschaft, Verantwortung in einer zusammenwachsenden Welt zu tragen.

Die neutralen Staaten stehen damit vor der Notwendigkeit, ihren bisherigen sicherheitspolitischen Ansatz grundsätzlich zu durchdenken. Dass es innenpolitische Kontinuitätszwänge und Sensibilitäten gibt, liegt auf der Hand; dass damit der Anpassungsprozess erheblichen Zeitbedarf einkalkulieren muss, ebenfalls. Die anderen Europäer und insbesondere die Mitgliedsstaaten des Atlantischen Bündnisses werden diese Kontinuitätszwänge achten müssen und zu achten wissen. Was von der Neutralität bleiben wird und bleiben soll – ich sehe von der semantischen Frage der Weiterbenutzung des Wortes «neutral» einmal ab –, ist ihr moralischer Impetus, sind die humanitären Traditionen und ist die Verbindung von Friedenswille und Sicherheitsbewusstsein, die die neutralen Staaten, und besonders die Schweiz, ausgezeichnet haben.

Ich möchte nun Überlegungen zur konkreten Einpassung der Neutralen in neue Integrationszusammenhänge machen und dabei kurz die wesentlichen Institutionen – Vereinte Nationen (VN), EG, in der Perspektive der Europäischen Politischen Union, und NATO – berühren.

Die VN-Debatte ist in der Schweiz ausführlich geführt worden. Ich gehöre zu denen, die den Ausgang des Referendums der achtziger Jahre zutiefst bedauert haben. Die

VN-Problematik stellt sich heute verändert dar. Die neu gewonnene Handlungsfreiheit der Welt-Organisation wirft die Frage nach der Vereinbarkeit von UNO-Mitgliedschaft und Neutralität auf – eine Frage, die die meisten Neutralen im Sinne der übergeordneten Wirksamkeit des Kapitels VII der VN-Charta gelöst haben. Wenn die VN die neuen Hoffnungen erfüllen und in der Tat zu einem operativen, globalen Friedensfaktor werden, ist Abseitsstehen von weltweiter Aktion kaum noch möglich, wie die Schweiz mit erfreulicher Klarheit bei der Mitwirkung am VN-Embargo gegen Irak bezeugt hat.

Die Europäische Gemeinschaft befindet sich in einer deutlichen und letztlich nicht aufhaltbaren Dynamik zur Europäischen Politischen Union. Es wäre eine gefährliche Illusion, sie als primär wirtschaftliche Körperschaft einzustufen oder daran zu glauben, dass rein wirtschaftlich-technologische Entscheidungen für einen möglichen Beitritt ausschlaggebend sein können. Die Zeiträume, in der sich diese historische Dynamik artikulieren wird, sind offen. Es besteht für mich aber kein Zweifel, dass der Zug zur europäischen Integration die Logik der gemeinsamen Aussenpolitik und die Logik der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik mit beinhalten. Eine Politik, die die Verteidigungspolitik von der Aussenpolitik trennen und die Sicherheitsfragen langfristig einer Unterorganisation, etwa der Westeuropäischen Union (WEU), überantworten will, steht dieser Logik entgegen. Es wird nicht möglich sein, dass sich überwiegend wirtschaftlich interessierte Staaten in der EG zusammenschliessen, einer möglichen Neutralitätsauffassung widerstrebende Sicherheitsfragen ausklammern und einer separaten Organisation – etwa der WEU – zuteilen. Die Dynamik läuft auf eine letzte Integration der WEU in die EG zu, so wie es auch der Kommissionsentwurf für die Europäische Union und Delors publizierte Auffassungen vorsehen.

Der Erweiterungsprozess muss dieser geschichtlichen Logik Rechnung tragen, und dies insbesondere aus der Sicht des Nordatlantischen Bündnisses. Wenn es um die Errichtung eines europäischen Wehrpfeilers in der Allianz und um eine europäische Verteidigungsidentität geht, die sich in einer komplementären europäischen Verteidigungskomponente artikuliert, dann ist die NATO fundamental daran interessiert, dass der europäische Pfeiler auch trägt und dass die europäische Verteidigungskomponente sicherheitspolitisch operativ sein kann. Aus NATO-Sicht muss an die Erweiterung und an die Erweiterungskandidaten daher die Forderung der vollen Verfügbarkeit für essentielle Sicherheitsentscheidungen gestellt werden. In dieser Perspektive ist Neutralität im überkommenen Sinne mit Erweiterung schlechthin unvereinbar, gleichgültig welche semantischen Lösungen zur Benennung der sicherheitspolitischen Perspektive der Bei-

Fortsetzung auf Seite 16

<p>STEIGER DRUCK AG BERN</p>		<p>Moserstrasse 31 3014 Bern Telefon 031 41 27 75</p>
<p>... Steiger druckt's</p>		

Nato-Vizechef zur Neutralität

Fortsetzung von Seite 15

trittskandidaten gefunden werden. An die Beitrittskandidaten wird nach dieser Auffassung damit die Forderung gestellt werden müssen, dass sie die Optionen der Politischen Union in allen ihren Bestandteilen in der notwendigen Zeitperspektive mittragen. Das bedeutet nicht, dass zum Beitrittszeitpunkt die internen Kontinuitätswänge neutraler Beitretender vernachlässigt werden müssen. Ich möchte es so ausdrücken: aus sicherheitspolitischer Sicht im Bündnis muss die Neutralität nicht notwendigerweise in der Perspektive 1993, aber in der Perspektive 2000 überprüfbar und verzichtbar sein. Der innere Vorbehalt eines «opting-out» ist jedoch aus sicherheitspolitischer Sicht nicht akzeptabel. Es kann nicht ausreichen, dass Staaten ihre Beitrittsanträge stellen und Erwartungen auf volle Mitwirkung am politischen Einigungsprozess erwecken, insgeheim aber darauf vertrauen, dass sie sich später, in überkommener Neutralitätslogik, der sicherheits- und verteidigungspolitischen Dynamik der Europäischen Union entziehen können. Es ist unerlässlich, dass die Frage der Offenheit, auch für die sicherheitspolitische Option, spätestens zum Beitrittszeitpunkt geklärt wird.

Dies fordert den europäischen Neutralen, die einen Beitritt ins Auge fassen, kein überdimensionales Opfer ab. Dies wird klar, wenn man den sicherheitspolitischen Beitrag jedes einzelnen Mitglieds der künftigen Europäischen Union aus der neuen europäischen Sicherheitsperspektive betrachtet. Wenn es nicht mehr Kriege sind, sondern Krisen, denen die Europäer durch neu zu erlernende militärische Rollen entgegenzutreten müssen, wenn der Schwerpunkt nicht auf Konfliktaustragung, sondern auf umfassender Konfliktverhütung und Krisenverhütung mit politischen, militärischen und ökonomischen Mitteln liegt, dann ist das überkommene Neutralitätsdenken mit seiner Abneigung gegen kriegerische Verwicklung und bündnishaft militärisches Vorgehen in letzter Konsequenz nur selten gefordert. Aber auch diese letzte Konsequenz muss in der Beitrittspolitik einkalkuliert werden.

Zum Schluss muss ich ein Wort über die NATO sagen. Die NATO sucht keine neuen Mitglieder. Sie will ihren Stabilitätsbeitrag auf der Basis ihres gegenwärtigen Vertrags und ohne Erweiterung ihres formal garantierten Sicherheitsraums erbringen. Das integrierte militärische System, die über Jahrzehnte entstandene Gewöhnung an militärische Zusammenarbeit und Solidarität wirken auch für andere, ohne dass von diesen eine direkte Beteiligung erwartet wird. Eine sicherheitspolitische Beziehung neuer Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft bzw. der Politischen Union wird sich nur durch die komplementäre, arbeitsteilige Wahrnehmung von Sicherheitsaufgaben zwischen den Europäern und dem Atlantischen Bündnis ergeben. Ich nehme an, dass dies die künftigen Überlegungen der neutralen Staaten mit ihrer Gewöhnung an das Freibleiben von traditionellen Allianzbindungen erleichtert. ■

Bestellschein für Zeitbild

Ich bestelle ein Jahresabonnement **Zeitbild** zu Fr. 57.—
(Ausland sFr. 62.—/DM 73.—). Erscheinungsweise alle zwei Wochen.

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum, Unterschrift: _____

19/90

Bitte einsenden an **Zeitbild**, Postfach, CH-3000 Bern 6

Zeitbild

Erscheint alle zwei Wochen

Redaktion — Administration — Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Telefon 031 43 12 12
Telefax 031 43 38 91

Postcheck Zeitbild 30-24616-5
Banken: Spar + Leihkasse Bern 1.534.002.03
Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10)
0782409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Stiftung für Demokratie (SFD)

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Forschung und Information über die offene Gesellschaft

Verantwortlicher Herausgeber

Markus Herzog

Redaktion

Christian Brügger, Jürg L. Steinacher,
Jacques Baumgartner. Fachmitarbeiter: Georg Bruderer,
Jerzy Bahr, Ian Tickle

Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder, Trudy Gasser

Abonnementspreise Schweiz

Jahresabonnement Fr. 57.—
Studenten, Lehrlinge und Schüler Fr. 34.—
Einzelnummer Fr. 2.80

Abonnementspreise Ausland
Europa und Mittelmeerlande

Jahresabonnement sFr. 62.—/DM 73.—
Luftpost sFr. 67.—
Studenten, Lehrlinge und Schüler sFr. 39.—/DM 46.—
Einzelnummer sFr. 3.10/DM 3.60

Übersee

Jahresabonnement Luftpost sFr. 72.—

Redaktionelle Zusammenarbeit

Etudes politiques
Redaktion Claude Rieser

Anzeigentarif

Gemäss Anzeigenliste Nr. 12

Druck und Versand

Hallwag AG Bern,
Nordring 4, 3001 Bern

Weitere Informationstätigkeit

SOI-Bilanz (monatliche Hintergrundinformation und
Kurzanalyse der internationalen Lage)

Etudes politiques (Monatszeitschrift)

Artikeldienste für die Presse der 3. Welt:

Swiss Press Review and News Report
(für Asien und Afrika)

**Revue de la Presse Suisse —
Informations — Commentaires** (für Afrika)

Nashrat as-Sahafa as-Swissaria
(für arabische Länder)

Schwejzarskij Vestnik
(für die Sowjetunion)

Referendienst

Mitteilungsblatt

für die Freunde der Stiftung für Demokratie

Verlag (Taschenbuchreihe TM, Sonderdrucke usw.)

Buchhandlung